Marietta Slomka

Kanzler lieben Gummistiefel

cbj

cbj ist der Kinder- und Jugendbuchverlag
in der Verlagsgruppe Random House

MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C005833

Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100
Das FSC®-zertifizierte Papier für dieses Buch
Profibulk von Sappi liefert IGEPA

1. Auflage
Erstmals als cbj Taschenbuch Juni 2011
Gesetzt nach den Regeln der Rechtschreibreform
© 2009 cbj Verlag,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH
Alle Rechte vorbehalten
Lektorat: Gerd Rumler
Bildredaktion: Jürgen Lindenburger, Dr. Michael Meyer,
TopicMedia, Ottbrunn (für interConcept)
Umschlaggestaltung: init.büro für gestaltung, Bielefeld
Umschlagfotos: siehe Bildnachweis S. 283
he • Herstellung: CZ
Satz: interConcept Medienagentur, München
Druck und Bindung:Těšínská tiskárna, a. S., Český Těšín
ISBN: 978-3-570-22241-6
Printed in the Czech Republic

www.cbj-verlag.de

Marietta Slomka
mit Daniel Westland

Kanzler lieben Gummistiefel

So funktioniert Politik

cbj

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis 4
Vorwort 9

Warum wurde die Demokratie erfunden?

Warum leben wir überhaupt in einer Demokratie? 12
- Und wer hat nun die Demokratie erfunden? 13
- Welche anderen Staatsformen gibt es? 14

Warum soll ich wählen gehen? 17
- Warum darf jeder (außer Kindern) wählen? Und warum darf (fast) jeder sich wählen lassen? 17

Wozu brauchen wir Parteien? 19

Warum wird geheim gewählt? 22

Darf man Versprechen brechen? 24
- Meinungsforschung nach dem Zufallsprinzip 27

So intensiv ist der Wahlkampf!
- Interview mit dem FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle 28

Wozu brauchen wir eine Regierung? 31

Regiert Geld wirklich die Welt? 32
- Die »unsichtbare Hand« von Adam Smith 32
- »Soziale Marktwirtschaft« – ein Werbeslogan? 34
- Wenn der Markt nicht funktioniert 34
- Guter Wille allein reicht nicht 35
- Korruption und schwarze Kassen 35

Warum kassiert der Staat Steuern? 37
- Die Schicksalsversicherung 38
- Wer zahlt wie viel? 38
- Eine Steuer? – Viele Steuern! 39

Zweimal Deutschland – das konnte nicht gut gehen! 41
- Was war gut in der DDR? 42
- Was war schlecht in der DDR? 43
- Was wissen Jugendliche heute über die DDR? 43
- Was muss man über die DDR wissen? 43

Trennung von Staat und Kirche 44

Sind manche »gleicher als andere«? 45

Politik in Deutschland

Die Parteien und was sie wollen 48

Die Parteien Deutschlands im Überblick 48
- SPD 48
- CDU und CSU 51
- FDP 53
- Bündnis 90/Die Grünen 55
- DIE LINKE 57

Wozu brauchen wir Splitterparteien? 59

Wählen für Anfänger 60
- Warum gibt es die 5 %-Hürde? 62

Viele (Bundes-)Länder, ein Deutschland 63
- Von unten nach oben 64
- Klein und schlagkräftig? 65
- Der Gemeinderat und der Kreistag 66
- Der Landtag 66
- Der Bundestag 67
- Der Reichstag 67
- Der Bundesrat 67
- Die Bundesversammlung 68

Sitzung in Bundestag und Bundesrat 69
- Fegefeuer in der Fraktion 70

Die Macht des Wortes
Interview mit Richard von Weizsäcker 71

Wie wird man Politiker? 77
Erfolgsrezept für Politiker 78
Sagen Politiker immer die Wahrheit? 79

Einen Tag mal Bundeskanzlerin sein! 80
Der engste Kreis der Kanzlerin im Überblick 80
Keine Jobs für schwache Nerven 81
Quasselstrippe Kanzlerin 82
Sie muss für die Gäste mitdenken 82
Was passiert in einer Kabinettssitzung? 83
Mit Bodyguard im Supermarkt 84

Staatssekretäre und Minister 85
Okay, Staatssekretär. Aber was sind »Staatsminister«? 86
Und was machen die alle den ganzen Tag? 88

Die »Vertrauensfrage« 89
Rechnung nicht aufgegangen 90

Müssen sich Politiker besonders korrekt verhalten? 91
Offene Worte sind politisch riskant 92
»Einmal waschen und rasieren« 93
Warum sind Populisten so populär? 94

Wie ein Gesetz entsteht 95
Trick 17 im Parlamentsgeschäft 98

Politik ohne Mandat: Lobbyisten und Interessenverbände 100
Meldepflichtige Geschenke 101
Lobbyarbeit: legal und unbemerkt 102
Auch Bürger können zum Ziel werden 103
NGOs und INGOs 104
Je weniger Leute, desto mehr Power 105

Warum reden die so komisch? 106
Ehrlichkeit ist riskant und oft banal 106
Unterhaltsamer Stunk 108

Was geht es den Staat an, ob und wie viele Kinder die Leute kriegen? 108

Frauen in der Politik
Interview mit Familienministerin Ursula von der Leyen 110

Wo geht's hier zur sozialen Hängematte? 112

Deutschland und seine Schulden 115
Der Staat als Unternehmer 116
Ist hier jemand schuldenfrei? 116
Kann Deutschland pleitegehen? 117

Wissen Reporter mehr, als sie schreiben? 118
Welche Themen kommen in die Nachrichten? 119
Welche Medien muss man kennen? 121
Großes Staatstheater – wie Politik verkauft wird 123
Erst das Thema, dann die Medien? 124
»Wirklichkeit« lässt sich in Szene setzen 125

Insider-Vokabeln zum Mitreden 126

Höhenrausch in der Todeszone 140
Leichen pflastern jeden Weg 140
Allein auf dem Gipfel 141

Gibt es in Deutschland noch Spione? 143

Hauptstadt Berlin, Zweithauptstadt Bonn 147

Was unterscheidet Richter und Politiker? 148

Jeder kann sein Recht bekommen
Interview mit Dr. Amadeus Hasl-Kleiber vom Bundesverfassungsgericht 150

Warum gibt es Gewerkschaften? 153
Gewerkschaften sparen Arbeitgebern Arbeit 154

Ich will mich politisch engagieren – aber wie und wo? 155
Interview mit Arne Busse von der Bundeszentrale für politische Bildung 156
Online findet man schnell Anschluss 157
Trotz allem kann man was bewegen 158
Statement von Philipp Mißfelder, JU 158
Statement von Franziska Drohsel, Jusos 159
Statement von Jan Philipp Albrecht, Grüne Jugend 159
Statement von Johannes Vogel, JuLis 160
Statement von Julia Bonk, Linksjugend 160
Die fünf wichtigsten aktuellen politischen Probleme in Deutschland 161
Kosten stabilisieren und/oder Löhne steigern 161
Soziales Gefälle vermindern Arbeitslosigkeit senken 162
Gesundheitspolitik und Reform der Krankenkassen 162
Altersversorgung langfristig sichern 163
Zukunftssichere Bildungspolitik 163

Europapolitik

Was bringt die Europäische Union? 166
Wenn Europa so toll ist, warum ist das nicht jedem klar? 166
Welche Vorteile bietet die EU konkret? 167
Klingt nicht schlecht. Und welche Nachteile hat die EU? 169
Warum ist ausgerechnet Brüssel die Hauptstadt Europas? 170
Insider-Vokabeln zum Mitreden 171
Die Moral folgt dem Geld 174
Höher, schneller, weiter 175
Wer ist der Präsident Europas? 177
Lange Entscheidungswege 178
Das Gewissen Europas 181
Ein Tag in Brüssel: Cem Özdemir bei der Arbeit
Interview mit dem Europa-Abgeordneten Cem Özdemir 182
Wie hoch ist der Butterberg – und wo ist der Milchsee? 184
Royals kriegen Geld fürs Nichtstun 185
Mal sehen, ob der Markt es richtet 185
Wo liegt eigentlich Schengen? 186
Wer hat mehr zu sagen, die nationalen Regierungen oder das Europaparlament? 188
Die Krakenarme der EU 188
Was bringt die EU speziell Jugendlichen? 189
Die fünf wichtigsten Probleme der EU – und warum sind sie eigentlich so schwer zu lösen? 190
Verfassungsproblematik 190
Europa demokratischer werden lassen 190
Integration und Zusammenarbeit an den Ostgrenzen (Russland, Türkei) 191
Sicherung der EU-Außengrenzen 191
Den Euro retten und stabilisieren 191

Weltpolitik

Was ist eigentlich Globalisierung? 194
Nachteile der Globalisierung 195
Vorteile der Globalisierung 197
Warum haben wir überhaupt noch Staaten? 200
Und was ist mit dem Mindestlohn? 200
Pro und kontra Globalisierung 202
Wofür brauchen wir die UNO? 203
Und wer bezahlt das alles? 205
Wie ist die UNO organisiert? 208
Welche Druckmittel stehen den Vereinten Nationen zur Verfügung? 209

Welche Staaten sind derzeit die mächtigsten der Welt? 212

Diktatur oder Demokratie – was ist eigentlich mit China und Russland los? 216
- Aktienkurse statt Wahlrecht 217
- Demokratie auf dem Rückzug 218

Wie funktioniert Diplomatie? 219
- Vom schwierigen Verhältnis zwischen Demokratien und Diktaturen 221
- Bezahlen Diplomaten ihre Strafzettel? 222
- Stil hilft viel 223
- Wie wird man Diplomat? 226

»Haben Staaten keine Freunde?«
- Interview mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier 227

»G8« und »Kyoto« – was ist das eigentlich? 228

Wieso kümmern uns Minderheiten am anderen Ende der Welt? 233
- Was wollen Terroristen? 234
- Wer oder was sind »Osama bin Laden« und die »Al Kaida«? 235
- Wie verabreden Terroristen ihre Anschläge? 236
- Was kann man dagegen tun? 236
- Und warum kämpfen deutsche Soldaten nun in Afghanistan? 237
- Warum hassen diese Terroristen uns so? 238

Wieso gibt es eigentlich immer noch Kriege? 239
- Auch Krieg ist Formsache 241
- Die Weltkriege – haben wir daraus gelernt? 242
- Nicht nur die Soldaten leiden 242
- Im »Kalten Krieg« fielen keine Bomben 243
- Auf Abrüstung folgt Aufrüstung 245
- Grenzstreit und Rohstoffe: ein gefährlicher Mix 246
- Unheiliger Krieg um das Heilige Land 248
- Frieden im Nahen Osten: Mission impossible? 250
- Lässt sich die Gewalt vermeiden? 254
- Gut gemeinter Krieg 255
- Blauhelm-Einsätze gehen oft schief 256

Alles abgekürzt, oder was? 258

Warum ist der Hunger noch nicht besiegt? 260
- Staatliche Hilfen schaden manchmal 261
- Wer zahlt wie viel Entwicklungshilfe? 264
- Arme Länder, reiche Länder 265
- Aus »Hilfe« wurde »Zusammenarbeit« 265

»Wir wollen die Armut wirksam bekämpfen«
- Interview mit Ministerin Heidemarie-Wiezcorek-Zeul 267

Umweltschutz – wann geht's los? 268

Welches sind die fünf wichtigsten Probleme der Welt? 269
- Klimawandel und nationale Einzelkämpfer 269
- Energiekrise 270
- Bevölkerungswachstum und fehlende Gleichberechtigung 271
- Terrorismus 271
- Weltweite Finanzkrise 272

Wie viele Sorgen müssen wir uns um die Zukunft machen? Und war früher wirklich alles besser? 274

Statt eines Nachworts: Viele Kühe machen Mühe 276

Register 278

Bildnachweis 283

Vorwort

Vorwort

»Politik ist ein Kampfsport – und das macht mir auch Spaß!«, hat der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt mal gesagt.

Spaß?! Darf Politik Spaß machen, obwohl es dabei doch eigentlich um so ernste Themen geht? Aber klar! Und es kann auch richtig Spaß machen, Politik zu beobachten – wenn man diesen »Kampfsport« versteht. Das ist wie bei einer Schachpartie oder beim Fußball: Ein Fußballspiel kann man ja sehr unterschiedlich betrachten. Wenn man einfach nur aufs Spielfeld starrt, nach dem Motto: Ach Gott ja, da laufen jetzt 20 Leute einem Stück Leder hinterher und zwei stehen im Tor rum – na, dann ist das doch eher öde! Aber wenn man die Regeln ein bisschen kennt und von den Stärken und Schwächen der Mannschaften weiß, wenn man einen Bezug zu den einzelnen Spielern hat, sich für Aufstellungen und Spielzüge interessiert und vielleicht sogar zu einem bestimmten Verein hält, ja dann wird es richtig spannend! Dazu braucht man aber erst mal jemanden, der einem mal in Ruhe die Abseitsfalle und die Viererkette erklärt. Hat man das einmal kapiert, sieht man das Spiel mit anderen Augen. Und so ist es eben auch in der Politik, finde ich.

Ich habe mich schon sehr früh für Politik interessiert. Auch weil ich das Glück hatte, einen Vater zu haben, mit dem ich nicht nur zusammen Fußballspiele anguckte, sondern auch Bundestagsdebatten. Und beides schien mir ziemlich lustig zu sein. Bei uns zu Hause wurden zu Bundestagswahlen zum Beispiel auch »Wahlpartys« veranstaltet: Meine Eltern und ihre Freunde wetteten miteinander, welche Partei wie viel Prozent erreicht, und wer mit seinem Tipp am nächsten dran war, der bekam am Ende einen Preis. Eigentlich ähnlich wie mit Fußballergebnissen bei der WM. Bei diesen Wahlpartys wurde viel gelacht und laut diskutiert und natürlich auch einiges gegessen und getrunken. Vielleicht habe ich auch deshalb Politik von Anfang an nie als etwas Dröges, Langweiliges wahrgenommen, sondern als ein großes Spiel.

Ein Spiel allerdings, bei dem es auch um so ernste Sachen geht wie Krieg oder Frieden und um unser aller Wohl. Was die Politik entscheidet, geht wirklich jeden Einzelnen von uns an. Ob wir wollen oder nicht, man kann sich dem gar nicht entziehen. Besser also, man kann mitreden. Dazu sollen in diesem Buch Dinge aber nicht einfach vorausgesetzt, sondern auch infrage gestellt werden. Zum Beispiel: »Wozu braucht man überhaupt Parteien?« Oder: »Warum reden Politiker oft so unverständlich daher? Machen die das mit Absicht?« Und nicht zuletzt: »Warum tragen Kanzler so gerne Gummistiefel?«

Das Buch soll natürlich auch zum Nachschlagen nützlich sein und insofern alle wichtigen Themen abdecken, aber es ist kein Schulbuch und kein Lexikon.

Und es soll ein bisschen Spaß machen, hoffe ich ...

Marietta Slomka, September 2010/Januar 2011

Warum wurde die Demokratie erfunden?

Damit jeder mitmachen kann!

Ob der Bus zur Schule alle zehn oder alle zwanzig Minuten fährt, ob die Lehrer Spaß an der Arbeit haben, ob die Großeltern mit der Rente gut auskommen und großzügige Geschenke machen oder nebenbei noch jobben, ob die Eltern beide arbeiten und wie oft die Familie in Urlaub fährt, ob vor der Schule eine Tempo-30-Zone ist, wie häufig dort kontrolliert wird und wie hoch die Strafen sind, wie viel Taschengeld es gibt und dass Kinder nicht mehr geschlagen werden dürfen, welche Musik man sich legal auf den MP3-Player laden kann und ab wann man allein aufs Konzert darf – all das ist in irgendeiner Form Politik.

Warum leben wir überhaupt in einer Demokratie?

Je mehr mitmachen, desto schwieriger wird doch alles: Viele Köche verderben den Brei! Was also ist der Vorteil, wenn alle wählen dürfen?

Das griechische Wort »polis« heißt »Stadt« oder »Gemeinschaft« – und mit »Politik« meint man heutzutage ein überlegtes, gezieltes Verhalten innerhalb einer Gesellschaft. Selbst in einer Familie oder unter Freunden gibt es also schon politische Vorgänge – zum Beispiel, wenn es darum geht, wohin man am Wochenende fährt oder ob man ins Kino geht oder doch lieber ins Freibad.

In diesem Buch geht es um Politik von vorne bis hinten. Um deutsche Parteienpolitik, Europapolitik, Weltpolitik. Nun könnte man ja sagen: Ist mir doch egal – ich werde gern regiert! Oder: Ich kann sowieso nichts ändern. Warum also sollte man sich überhaupt für Politik interessieren?

Die Antwort ist: weil wir in einer Demokratie leben, in der ab 18 jeder wählen darf. Das heißt, dass jeder auch mitverantwortlich ist für das, was bei uns geschieht, sobald er volljährig ist. Außerdem kann man sich auch vorher schon für Dinge einsetzen, die man gern ändern möchte.

»Politik« beschäftigt sich zugleich mit den Inhalten (was will ich), dem Weg dahin (wie setze ich es durch) und dem Rahmen, in dem das alles stattfindet. Dieser Rahmen sind Gesetze, Gerichte und »Staatsorgane«, auf die man sich verlassen können muss. Das nennt man auch »Rechtsstaatlichkeit«, weil alles mit rechten Dingen zugeht. (Übrigens: »Rechts« meint in diesem Fall »richtig«; mit »rechter« oder gar »rechtsextremer« Politik hat das nichts zu tun.)

Demokratisch gewählt werden zum Beispiel auch Klassensprecher und Vereinsvorsitzende – und sogar Gerichtsurteile können so gefällt werden: Die Bundesverfassungsrichter beispielsweise müssen sich nicht etwa einig sein, sondern nur eine Mehrheitsentscheidung erreichen.

Das Wort »Demokratie« kommt auch wieder aus dem Griechischen: »Demos« ist das Volk, »kratia« heißt Herrschaft. Eine »Demokratie« ist also eine Volksherrschaft. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, das umzusetzen. Deutschland ist eine »repräsentative Demokratie«, in der Politiker vom Volk gewählt werden, die dann die Bürger für einige Zeit (meist vier Jahre lang) vertreten (repräsentieren). Das heißt: Wir stimmen nicht über die einzelnen Gesetze oder Entscheidungen direkt ab, sondern wir beauftragen andere, das für uns zu tun.

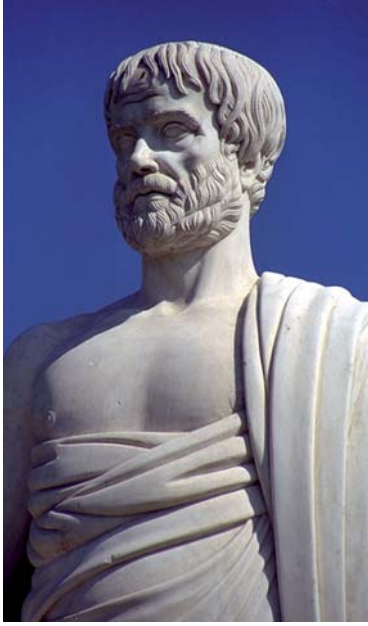
Größter Nachteil einer repräsentativen Demokratie: Wenn versehentlich ein Dummkopf gewählt wird oder ein »Volksvertreter« nicht einhält, was er versprochen hat, dauert es mindestens vier Jahre, bis man ihn wieder loswerden kann. Aber immerhin kann man ihn wieder loswerden! Das unterscheidet Demokra-

Die alten Griechen bauten schöne Tempel, hier die Akropolis in Athen, und etablierten die Mitbestimmung des Volkes.

tien von Diktaturen, in denen die Bürger keine Wahl haben, sondern ihre Regierung ertragen müssen. Außer sie haben den Mut zur Revolution, also einem meist bewaffneten Aufstand.
Größter Vorteil der repräsentativen Demokratie: Wenn's gut läuft, hat der gewählte Politiker von den Dingen, die er entscheiden soll, mehr Ahnung als wir Wähler. Auch weil er die Zeit hat, sich ausführlich damit zu beschäftigen. Dafür wird er schließlich von uns bezahlt.
Es gibt auch verschiedene Demokratie-Mixe, so wird zum Beispiel der amerikanische Präsident fast direkt vom Volk gewählt und darf auch richtig viel entscheiden. Der deutsche Kanzler hingegen wird nicht direkt vom Bürger gewählt. Sondern von den Abgeordneten im Bundestag (die ihrerseits von den Bürgern dort hineingewählt wurden). Er wird also indirekt gewählt und hat dementsprechend auch nicht ganz so viel Macht wie der amerikanische Präsident. Denn, und das ist der entscheidende Punkt: Der Bundeskanzler (bzw. die Kanzlerin, wir benutzen solche Begriffe in diesem Buch geschlechtsneutral) kann jederzeit wieder vom Parlament abgewählt werden, sobald sich dort die Mehrheiten ändern. Dann verliert der Kanzler seine Machtbasis. Der amerikanische Präsident ist hingegen für vier Jahre sicher im Amt und nicht angewiesen auf parlamentarische Mehrheiten und Regierungskoalitionen. Deshalb ist er unabhängiger.
Deutscher Kanzler bleiben kann man, solange das Volk es will, sogar 16 Jahre wie Helmut Kohl. Amerikanischer Präsident sein darf man hingegen nur zweimal in Folge, also maximal acht Jahre am Stück, dann muss jemand anders ran, selbst wenn das Volk gerne verlängern würde. Die größere Macht des US-Präsidenten wird also zeitlich eingeschränkt. Der deutsche Bundeskanzler ist weniger mächtig, dafür kann er theoretisch sehr lange regieren.

Und wer hat nun die Demokratie erfunden?

Mit der Demokratie angefangen haben wohl wirklich die Griechen, allerdings durften damals nur »alle männlichen Vollbürger« Athens wählen – Sklaven und Ausländer also nicht und übrigens auch keine Frauen! Philosophen wie Aristoteles fürchteten damals allerdings, diese Demokratie würde zu einer Herrschaft der Armen führen, die aus reiner Not nur an sich denken, nicht an das, was allen nützt.



Zerbrach sich seinen klugen Kopf: Aristoteles, einer der größten griechischen Philosophen, grübelte viel über Demokratie und Gerechtigkeit.

Wegen dieses Problems kam man schnell darauf, dass es wichtig ist, allen Menschen einen gewissen Lebensstandard zu sichern – nur wer frei und unabhängig ist und nicht in Not, kann über den eigenen Tellerrand hinaussehen. Außerdem wurde klar: Je mehr die Menschen wussten, desto besser fielen ihre Entscheidungen aus. Ein anderer großer griechischer Philosoph, Platon, vertrat wiederum die Idee, dass nur Philosophen Könige werden dürften. Und nur wer gebildet genug war, sollte das Wahlrecht haben. Doch wie grenzt man das ab? Ab wann ist man schlau genug? Und terrorisieren dann nicht die angeblich Klugen die weniger Klugen, die vielleicht einfach nur das Pech hatten, dass sie zu arm waren, um auf eine gute Schule zu gehen? Wer vertritt ihre Interessen? Und überhaupt: Sind dümmere Menschen weniger wert? Nein! Demokratie ist nur dann die Herrschaft des Volkes, wenn wirklich alle gleichermaßen daran beteiligt sein können. Unabhängig davon, wie gebildet sie sind, wie viel Geld sie verdienen, welche Hautfarbe sie haben usw. So ist der kluge Grieche Platon ein gutes Beispiel dafür, dass das Gutgemeinte, vermeintlich Plausible und Einfache schnell in totalitärer Unterdrückung enden kann.
Auch die Römische Republik wies demokratische Elemente auf, aber dann war erst mal Schluss: Das Mittelalter über wurde in Europa von Königen geherrscht – wie im Märchen. Erst um 1650 kam die Idee wieder auf, dass die Bürger vielleicht da und dort ein Wörtchen mitzureden hät-

ten. Zu den Vordenkern jener Zeit gehörten u. a. zwei Franzosen, Jean-Jacques Rousseau und Charles Montesquieu, und ein Engländer, John Locke. Man sprach über einen »Gesellschaftsvertrag« und über die »Gewaltenteilung« in Legislative, Judikative und Exekutive. Das heißt im Grunde: Wer ein Gesetz erlässt (»Legislative«), darf nicht gleichzeitig darüber richten, ob jemand das Gesetz gebrochen hat (»Judikative«), und eine dritte Stelle muss ggf. die Strafe durchsetzen (»Exekutive«). Die drei Stationen kontrollieren sich gegenseitig und sollen so Missbrauch und Ungerechtigkeit verhindern.

Welche anderen Staatsformen gibt es?

Die drei gängigsten Regierungsformen sind Demokratie, Diktatur und Monarchie. Es gibt auch Mischformen und Varianten. Faustregel: Demokratie – gut, Diktatur – schlecht, Monarchie – kommt drauf an. In jeder dieser »Hüllen« können jedoch verschiedene politische Ansichten umgesetzt werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein »demokratischer und sozialer Bundesstaat«. Das bedeutet: 1) Es wird demokratisch gewählt, 2) es gelten soziale Grundsätze (den Ärmsten wird geholfen), 3) es gibt Bundesländer mit eigenen demokratischen Strukturen, die zu einem Bundesstaat zusammengefasst sind; es gibt also nicht nur eine oberste Bundesregierung, sondern darunter auch Landesregierungen, die konkreter für die Bürger an einem bestimmten Ort zuständig sind.

Bei einer Rede im Unterhaus sagte der englische Staatsmann Winston Churchill am 11. November 1947: »Die Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.« Und wirklich: Insgesamt ist die Zufriedenheit von Menschen, die in einer echten Demokratie leben, am größten.

Aber was genau ist eigentlich ein »Staat«? Das Wort ist natürlich mal wieder aus dem Lateinischen abgeleitet, »status« bedeutet »Zustand«. Dem Italiener Niccolo Machiavelli verdanken wir eine der ersten Definitionen für »Staat«: alle menschlichen Gewalten, die Macht über Menschen haben. Ein wichtiger Bestandteil dieser »Macht« ist der Staatsapparat (zum Beispiel die Polizei), der Regeln durchsetzt. Heute verwendet man zur Definition eine »Drei-Elemente-Lehre«: Ein Staat braucht ein Volk, ein Land und eine handlungsfähige Regierung.

Die meisten Staaten versuchen übrigens gezielt, bestimmte politische Vorstellungen umzusetzen. Die wichtigsten sind:

- Kapitalismus bzw. Marktwirtschaft**:** Im Kapitalismus herrscht viel Freiheit, vor allem die absolute »Vertragsfreiheit«, es gilt das Recht auf Privateigentum und jeder darf mit jedem Handel treiben und kaufen und verkaufen, was er will. Anders als im Kommunismus oder Sozialismus, wo der Staat vorgibt, was gekauft wird und wer welche Arbeit macht. Im Kapitalismus darf man reich werden, im Kommunismus darf keiner reich sein. Der Nachteil im Kapitalismus ist, dass auch jeder jeden ausbeuten darf, wenn der das mit sich machen lässt. Die Einkommen können des-

Monarchie ist eine der ältesten Staatsformen: der deutsche Kaiser Otto III. (r.) im Jahr 1000 bei der Krönung eines polnischen Königs.

halb sehr ungleich verteilt sein, manche Bürger werden reich, andere arm. Der Kapitalismus ist (in stark abgemilderter, kontrollierter Form) die derzeit weltweit vorherrschende Wirtschaftsform.

- Kommunismus: klassenlose Gesellschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln. Maschinen, Fabriken oder Land gehören also zum Beispiel allen gemeinsam und werden auch zusammen genutzt. Alle erhalten den gleichen Lohn, egal was man leistet. Es soll keine Ungleichheiten geben. Der Staat verteilt die Einkommen, Arbeit und Güter. Es herrscht Planwirtschaft statt Marktwirtschaft. Aus dem Versuch, kommunistische Theorien umzusetzen, sind in der Regel Unterdrückerstaaten entstanden (zum Beispiel Sowjetunion, China, Kuba). Aber dass Ausbeutung und Wucher heute bei uns verboten sind und Reichtum nicht über alles geht, lässt sich ebenfalls auf diese Überlegungen und den Wunsch nach Fairness für alle zurückführen.
- Marxismus: Karl Marx hat (zusammen mit Friedrich Engels) versucht, eine Art Handbuch zur Umsetzung der kommunistischen Theorie zu entwickeln, »Das kommunistische Manifest«. Marx und Engels unterschieden zwischen Proletariat (den Arbeitern) und Bourgeoisie (den Besitzenden) und verlangten die Verstaatlichung allen Privateigentums.
- Sozialismus: Die Grundwerte des Sozialismus sind Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität (»Brüderlichkeit«) – sie dürfen allerdings im Rahmen dieser Theorie auch mit Gewalt durchgesetzt werden. Das kann dann leicht zu einer Diktatur führen, wie es zum Beispiel in der DDR der Fall war. Im Sozialismus sollen materiell alle gleichgestellt sein, keiner soll mehr haben als andere.
- Sozialdemokratie: demokratische Variante des Sozialismus. Versuch, eine möglichst freiheitliche und zugleich sozial gerechte Gesellschaft zu bilden. Dazu wird keine gewaltsame Revolution der Arbeiterklasse angestrebt, sondern gesellschaftliche Reformen.
- Konservatismus: Konservative wollen die Dinge bewahren, so, wie sie sind und wie sie sich aus langen Traditionen heraus entwickelt ha-

Darf jeder machen, was er will?

Ich darf tun, was ich will, und alle anderen dürfen das auch – jeder kümmert sich um seinen eigenen Kram. Aber ganz so einfach ist es nicht. Das »simple principle«, das »einfache Prinzip«, das der Brite John Stuart Mill, der wichtigste liberale Vordenker, im 19. Jahrhundert beschrieben hat, besagt: »Meine Freiheit endet dort, wo deine Freiheit anfängt.« Was im Einzelfall oft ganz schön schwer zu entscheiden ist. Es grenzt aber auf jeden Fall die Rechte des Staates ein. Der darf nur dann in die Freiheit des Einzelnen eingreifen, wenn derjenige mit seinen Verhaltensweisen andere ernstlich schädigt. Vereinfacht gesagt: wenn jemand sich betrinken will – bitte schön, seine Sache. Wenn er dann aber betrunken Auto fährt, darf der Staat eingreifen, um andere zu schützen. Man kann aber auch der (nichtliberalen) Ansicht sein, dass überhaupt keiner Alkohol trinken sollte, weil das ungesund und selbstzerstörerisch ist.

Der liberale englische Denker John Stuart Mill (stehend) in einer Karikatur aus dem Jahr 1867.

ben. Der Konservatismus entstand als Reaktion auf die liberalen Revolutionen im 18. Jahrhundert. Heutzutage ist aber auch die oft als »konservativ« bezeichnete CDU Veränderungen gegenüber aufgeschlossen.

- Liberalismus: hat die größtmögliche Freiheit des Einzelnen zum Ziel. Das Aufkommen des Liberalismus hat in Europa zu ähnlich großen weltpolitischen Umwälzungen geführt wie die Entstehung des Sozialismus. Die Liberalen haben bereits im 17. und 18. Jahrhundert auf die Menschenrechte gepocht. Denn sie gehen davon aus, dass jeder einzelne Mensch Rechte hat und nicht nur Teil einer Gruppe (eines Kollektivs) ist. Problem dabei: Dem Liberalismus wird vorgeworfen, dass er alle benachteiligt, die nicht stark genug sind, sich um sich selbst zu kümmern. Er begünstigt die Starken. Der Liberalismus ist eng verbunden mit der Marktwirtschaft. Der Schutz des Privateigentums war für die Liberalen dabei ursprünglich Ausdruck von persönlicher Freiheit und hatte gar nichts mit Wirtschaftspolitik zu tun.
- Nationalismus: die Vorstellung, mit anderen Staaten und Völkern in Konkurrenz zu stehen, verbunden mit dem Wunsch, sich von ihnen abzugrenzen und ihnen überlegen zu sein. Damit einher geht oft der Wunsch, dass innerhalb der Grenzen eines Staates auch nur die ursprünglich dort heimischen Menschen leben. So kommt es zu Forderungen wie »Deutschland den Deutschen«.

- Nationalsozialismus: verbindet eine rassistische Form des Nationalismus mit dem Antikapitalismus der Sozialisten. Längst ist die Vorstellung, dass es überlegene menschliche Rassen gäbe (»Herrenmenschen«), wissenschaftlich widerlegt. Aber leider ist sie auch heute noch anzutreffen. Im Hitler-Deutschland ging damit vor allem auch ein vernichtender Hass auf das Judentum einher, der »Antisemitismus«. Hitler ließ etwa sechs Millionen Juden ermorden. Da viele Juden sehr gebildet und wohlhabend waren, haben die Nazis sich dabei gleich die jüdischen Vermögen unter den Nagel gerissen. Zugleich gehört zum Nationalsozialismus der Anspruch des Staates, alles zu regeln (selbst die Frage, wer wen heiraten und wer Kinder bekommen darf).
- Faschismus: jede Form von Null-Toleranz-Überzeugung (der Nationalsozialismus ist zum Beispiel faschistisch). Man ist so überzeugt von etwas, dass man es um jeden Preis durchsetzen will und daher jeden verfolgen muss, der nicht mitmacht. Man ist dann sogar bereit, Menschen zu ermorden, die einem im Weg stehen – und ist der Ansicht, damit sogar etwas Gutes zu tun: für Volk und Vaterland oder für Gott und Allah.
- Außerdem gibt es noch den Anarchismus, den jedoch kein Staat will – denn er ist das Gegenkonzept zum Staat: Anarchismus ist der Versuch, ganz ohne »Herrschaftsstrukturen« zu leben, also frei und gleich, aber doch sozial. Etwa nach dem Motto: einer für alle, alle für einen – aber ohne es zu organisieren oder Regeln festzuschreiben. Klingt schön, klappt aber nicht. Schon gar nicht in großen Gruppen. Wird manchmal in besetzten Häusern versucht, funktioniert aber auch da meist nicht lange. Die Natur des Menschen macht solchen Wunschvorstellungen immer wieder einen Strich durch die Rechnung. Im Grunde sind die Vorstellungen der Anarchisten radikalliberal, denn sie wollen, dass jeder total frei ist. Das ist aber nur möglich, wenn alle Beteiligten sehr nette und selbstlose Menschen sind.

München, 9. November 1923: Der Putschversuch der Nationalsozialisten wurde von der Polizei gestoppt. Doch einige Jahre später siegte in Deutschland der Faschismus.

Warum soll ich wählen gehen?

Kommt es auf meine eine Stimme wirklich an? Und wen soll man wählen, wenn keine Partei genau das verspricht, was man selber will?

Die Grundidee unserer Demokratie ist, dass niemand die eigenen Interessen besser vertreten kann als man selbst. Demokratie bedeutet aber auch, dass man sich manchmal den Ansichten anderer Leute beugen muss. Es geht also darum, die eigenen Interessen mit denen anderer in ein Gleichgewicht zu bringen. Am Ende wird man nicht alles durchsetzen können, aber jeder war an der Entscheidung beteiligt. Mahatma Gandhi, der legendäre Führer der indischen Freiheitsbewegung, hat dazu gesagt: »Unter Demokratie verstehe ich, dass sie dem Schwächsten die gleichen Rechte einräumt wie dem Stärksten.«

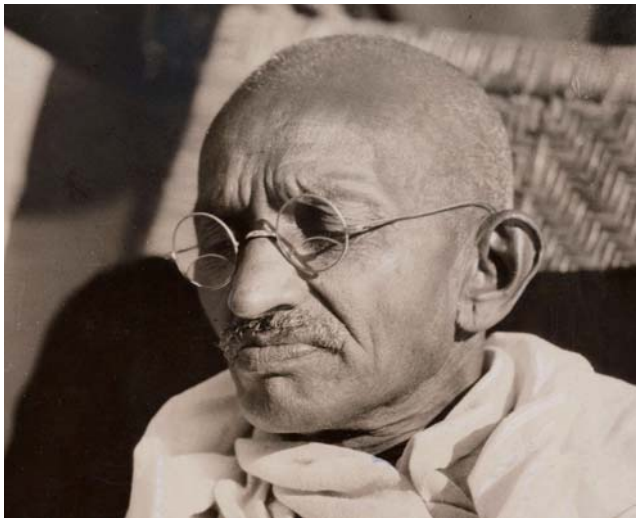
Doch wenn zu wenige Leute wählen gehen, hat eine Regierung natürlich ein Problem. Warum sollten sich Menschen von ihr vertreten fühlen, die nicht wenigstens versucht haben, das Wahlergebnis zu beeinflussen? Wir Wähler vergeben diese Jobs und wir bezahlen die Politiker mit unserem Steuergeld. Da sollten wir uns doch eigentlich auch anschauen, mit wem wir es zu tun haben! Viele Leute nehmen sich Zeit, die Gebrauchsanweisung für eine neue Spielkonsole zu lesen – finden es aber offenbar zu viel verlangt, darüber nachzudenken, welche Partei sie wählen wollen, und ins Wahllokal zu gehen.

Tatsächlich ist die »Partei« der Nichtwähler inzwischen oft die größte Partei. Was vielen Nichtwählern jedoch nicht klar ist: Wenn man zu Hause bleibt, beeinflusst man trotzdem das Ergebnis. Wer sich zum Beispiel als »eher SPD« bezeichnet und zu Hause bleibt, sorgt damit möglicherweise dafür, dass die CDU gewinnt, was dann ja vermutlich noch weniger das Ergebnis ist, das dieser Nichtwähler eigentlich wollte. Denn die Wahlergebnisse fallen manchmal ganz anders aus als erwartet – und am Ende ist es vielleicht doch die eigene Stimme, die über Sieg oder Niederlage entscheidet. Unions-Kandidat Edmund Stoiber zum Beispiel war im September 2002 überzeugt, dass er Bundeskanzler geworden sei. Er kündigte gut gelaunt und unfreiwillig komisch an, er werde jetzt »ein Glas Champagner aufmachen«. Als er am nächsten Morgen erwachte, kam allerdings echte Katerstimmung auf – denn er war gar nicht Bundeskanzler, sondern ganz knapp gescheitert. Ihm fehlten nur ein paar Tausend Stimmen. Was wirklich wenig ist bei insgesamt 48 Millionen abgegebenen Stimmen.

Man kann also vorher nie wissen, ob die eigene Stimme nicht doch die entscheidende ist, auch deshalb sollte man wählen gehen. Die Wahl zum US-Präsidenten 2004 beispielsweise war auch extrem knapp. Letztlich gaben ein paar Kartoffelbauern in Ohio den Ausschlag.

Warum darf jeder (außer Kindern) wählen? Und warum darf (fast) jeder sich wählen lassen?

Das Recht, zu wählen, heißt »aktives Wahlrecht«. Das Recht, zu kandidieren und sich wählen zu lassen, ist das »passive Wahlrecht«. Wenn kluge, gutherzige Menschen Entscheidungen treffen, ist



Charakterkopf: Mahatma Gandhi kämpfte für die Unabhängigkeit Indiens von der Kolonialmacht Großbritannien.

Gewählt werden

Es gibt Einschränkungen des »passiven Wahlrechts«, also beim Sich-wählen-Lassen: Bundespräsident kann man zum Beispiel erst ab 40 werden; Bürgermeister in Berlin ab 21, Bundeskanzler aber bereits ab 18. Also dann: viel Glück!

das natürlich viel besser, als wenn bösartige, dumme Menschen das tun. Daraus könnte man nun schließen: Es wäre doch gut, wenn nur die Klügsten wählen und nur die Allerklügsten gewählt werden dürfen.

Aber:

- Diejenigen, die nicht so klug sind, haben ja auch Rechte, und die würden dann vielleicht nicht berücksichtigt. Deshalb müssen eben alle wählen dürfen, und alle müssen sich wählen lassen dürfen.
- Wie sollte man das eigentlich entscheiden? Früher hat man gedacht, wer reich und/oder adlig ist, ist auch klug; deshalb zählten die Stimmen von Reichen und Adligen mehr. Aber ist man wirklich klug, nur weil man viel Geld hat? Oder kann man nur viel Geld verdienen, wenn man klug ist? Nein. Außerdem war man ja auch lange Zeit der Meinung, Frauen sollten lieber auch nicht wählen, weil die sowieso alle doof sind, sogar die reichen und adligen … Wenn alle mitmachen, ist es also am gerechtesten.
- Wer irre viel von Quantenphysik versteht, weiß deshalb noch lange nicht, wo man am besten Schulen hinbaut. Große Klugheit allein reicht fürs Regieren nicht.

Und warum dürfen Kinder nicht wählen? Weil man erst mal dahinterkommen muss, worum es geht, bevor man seine Stimme abgibt. Denn entweder könnten wirklich alle wählen (dann hat auch ein gestern geborener Säugling eine Stimme), oder man zieht irgendwo eine Altersgrenze. Man kann darüber diskutieren, ob junge Menschen mit 14, 16, 18 oder 21 wählen sollen – doch dass nicht jedes Kindergartenkind ein krakeliges Kreuzchen machen darf, ist leicht nachzuvollziehen.

Aber könnten die Eltern nicht für die Kinder wählen? Theoretisch schon – aber wie soll man wissen, ob sie die Stimme auch wirklich im Interesse des Kindes abgeben und nicht im eigenen? Man kann es bei geheimen Wahlen nicht kontrollieren. Und ein Stellvertreter-Wahlrecht wäre so, als würde das Wahlrecht für Frauen darin bestehen, dass ihre Männer eine Stimme mehr kriegen. Darum dürfen Eltern nicht für ihre Kinder mitwählen.

Wer sich politisch zu Wort melden will, kann das trotzdem lange vor der Volljährigkeit: Die meisten Jugendorganisationen großer Parteien nehmen Mitglieder ab 14 auf – vorher, hat die Erfahrung gezeigt, ist das Interesse sowieso gering.

Ein Volk – das sind lauter verschiedene Menschen. Damit es gerecht zugeht, darf jeder mitwählen.

Der Bundestag im Berliner Reichstagsgebäude: Hier sitzen Vertreter aller Parteien, die es schaffen, genug Wähler zu finden.

Wozu brauchen wir Parteien?

Parteien machen uns das Leben leichter. Wir müssen nicht jeden Politiker kennen, sondern nur herausfinden, welche Gruppierung unsere Ziele vertritt.

Die ersten Parteien gab es vor etwa 300 Jahren in England. Anfangs waren sie nur lockere Zusammenschlüsse von Unterstützern einzelner Kandidaten. Eine richtige Struktur mit hauptberuflichen und bezahlten Mitarbeitern bildete sich erst später. Rechtlich sind Parteien meist Vereine, weil das eine gute Organisationsform für Zusammenschlüsse von vielen Leuten ist.

Parteien helfen uns, eine Wahlentscheidung zu treffen. Außerdem leisten sie eine Vorauswahl unter Möchtegernpolitikern. Bevor sich jemand dem Volk zur Wahl stellt, muss er oder sie immerhin schon mal innerhalb einer Partei einige Leute von sich überzeugt haben. Und schließlich entsteht dadurch, dass es mehrere ernst zu nehmende Parteien gibt, eine echte Alternative. Es gibt Oppositionsparteien, die theoretisch jederzeit in der Lage sein sollten, die herrschende Regierungspartei abzulösen.

In der Bundesrepublik Deutschland sieht die sogenannte Parteienlandschaft zurzeit so aus: Zwei große Parteien buhlen um Wählerstimmen: SPD und CDU. Dazu kommen drei mittelgroße (FDP, Bündnis 90/Die Grünen und seit 2007 DIE LINKE) und zahlreiche Kleinstparteien. Fast vierzig Jahre lang war die Macht nur auf drei Parteien verteilt: CDU, SPD und FDP. Umso schockierender war es für die Abgeordneten, als 1983 die Grünen in den Bundestag gewählt wurden, damals noch ganz knapp mit 5,6 Prozent der Stimmen. Viele glaubten damals, die Grünen würden bald wieder von der Bildfläche verschwinden. Doch obwohl CDU und SPD inzwischen viele Umweltschutzziele übernommen haben, gibt es die Grünen immer noch. Sie wurden sogar zeitweilig eine Regierungspartei. Ganz neu hinzugekommen ist jetzt DIE LINKE, die der SPD eine Menge Wähler wegnimmt und sich derzeit zu einem ernst zu nehmenden Faktor ent-

Ja, wen hätten Sie denn gerne? Alle Parteien werben mit großen Plakaten und freundlichen bis markigen Politikergesichtern um die Gunst der Wähler.

wickelt hat. Wir haben aktuell in Deutschland also ein Fünf-Parteien-System. Manche befürchten schon, dass das zu viele Parteien sind. Das Regieren ist dadurch jedenfalls schwieriger geworden als früher, weil die Mehrheiten knapper sind.

Im Wahlkampf wirbt jede Partei mit ein oder zwei Themen, die gerade aktuell sind und mit denen sie sich von den anderen absetzen kann. Aber alle größeren Parteien haben auch ganz grundsätzliche Positionen zu vielen verschiedenen Sachverhalten. Diese werden im »Parteiprogramm« festgehalten. Außerdem wählt man natürlich auch Personen: nämlich die von den Parteien vorgeschlagenen Kandidaten. Oft sind diese Personen sogar am wichtigsten, weil viele Wähler sich ein Urteil über Personen eher zutrauen als über Programme.

Es ist ja nicht so, als würden sich da zufällig ein paar Leute zusammentun, weil die sich irgendwie sympathisch sind. Alle Parteien sind entstanden, weil es Leute gab, die über die gleichen Dinge wütend waren:

Die Liberalen entstanden in Europa schon im 18. Jahrhundert als Opposition des (vermögenden) Bürgertums gegen die Bevormundung und Benachteiligung durch König und Adlige.

Die SPD entstand als Partei der Arbeiter, die sich gegen die Ausbeutung durch die Unternehmer (Kapitalisten) wehrten. Die SPD ist die älteste deutsche Partei, die heute noch existiert.

Die CDU wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet, aber die meisten ihrer Mitglieder gehörten vorher zu einer Partei namens »Zentrum«. Und die war im 19. Jahrhundert im Kaiserreich entstanden, als sich Katholiken zusammentaten, weil sie sich durch den autoritären, protestantischen preußischen Staat unterdrückt fühlten. Sie sahen sich als Verteidiger der Rechte der (katholischen) Kirche. Und lehnten zugleich die eher nicht religiösen Liberalen ab. Bei der Gründung der CDU nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs spielten katholische und evangelische Christen eine große Rolle, die unter Hitler verfolgt und inhaftiert worden waren.

Auch der Konservatismus als Parteiströmung war ursprünglich Protest: gegen Leute, die das Traditionelle nicht achten und immer nur an das Neue, Moderne glauben. Konservative möchten Dinge bewahren und empfanden zum Beispiel die Fortschritts- und Technikgläubigkeit der Liberalen und der Kapitalisten als zerstörerisch.

Die bayerische CSU entstand als Regionalpartei. Also als Partei, die die Eigenständigkeit einer bestimmten Region betont und gegenüber »denen in Bonn bzw. Berlin« skep-

Die Grünen gehören zu den jüngeren Parteien in Deutschland. Hier Jürgen Trittin, bis 2009 stellvertretender Parteivorsitzender.

tisch ist: Die sollen uns nicht bevormunden, wir wissen selber, was hier gut für uns ist. Die bayerische CSU war von Anfang an auch etwas »sozialdemokratischer« als die CDU, nicht umsonst heißt sie Christlich-Soziale Union. Auch deshalb hatte die SPD in Bayern bisher nie wirklich eine Chance: Die »kleinen Leut'« fühlten sich in Bayern von der CSU offenbar genauso angesprochen.

Die Grünen entstanden aus einer Bürgerbewegung gegen Umweltverschmutzung und Atomwaffen. Viele Grüne sehen sich als »links«, aber ihre Gründer waren eigentlich keine Arbeiterkinder, sondern stammten oft aus sehr bürgerlichen Haushalten. Die Eltern waren dann also CDU-Wähler, die Kinder gründeten die Grünen. Auch das gehörte zum Protest! Zugleich sind die Grünen aber eine konservative Partei: Sie wollen die Natur bewahren und sind dem technischen Fortschritt gegenüber skeptisch. Interessant ist, dass die Grünen auch als Anti-Parteien-Partei anfingen. Sie wollten nicht wie die anderen Parteien sein, zum Beispiel keine Parteichefs haben, und niemand sollte lange im Parlament bleiben. Das war nicht sehr praktikabel und hat sich gründlich geändert.

Die Partei DIE LINKE ist eine Art Mischform: Sie setzt sich zusammen aus der PDS, die eine ostdeutsche Regionalpartei ist. Neuerdings gehört zur Linkspartei auch ein Westflügel, der von Oskar Lafontaine angeführt wurde. Er war mal Chef der SPD. Mit ihm zusammen zur LINKEN gegangen sind viele westdeutsche Linke und Ex-SPD-Mitglieder, die gegen die Entwicklung der SPD protestieren. Sie sind wütend über die SPD und deren Reformpolitik unter Gerhard Schröder.

Wer akzeptiert, dass es unterschiedliche Parteien gibt, akzeptiert damit auch, dass es unterschiedliche Meinungen und Interessen gibt, die aber (fast) alle eine Daseinsberechtigung haben. Das ist nicht selbstverständlich. Es gibt auch Leute, die fest davon überzeugt sind, dass es die eine, absolute Wahrheit gibt, die einzig richtige Meinung also, und den einen, allumfassenden einheitlichen »Volkswillen«. Doch wer Freiheit will, muss auch unterschiedliche Wahrheiten, Meinungen und Parteien zulassen.

Oskar Lafontaine, einst Vorsitzender der SPD und Kurzzeitminister unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, stand anschließend bis 2010 an der Spitze der Partei DIE LINKE.

Kaum ein Politiker verkörperte die Christlich-Soziale Union (CSU) so sehr wie ihr langjähriger Vorsitzender Franz-Josef Strauß, auf dem Bild 1986 in Garmisch mit Gebirgsschützenhut.

UNVERKÄUFLICHE LESEPROBE

Daniel Westland, Marietta Slomka

Kanzler lieben Gummistiefel
So funktioniert Politik

Taschenbuch, Broschur, 288 Seiten, 17,0 x 24,0 cm
ISBN: 978-3-570-22241-6

cbj

Erscheinungstermin: Mai 2011

Spannend wie im Nachrichtenstudio

Polititk – ist das nicht nur was für Erwachsene? Von wegen! Politik beginnt schon mit der Klassensprecherwahl. Also: Was ist »Politik«? Wie funktioniert unsere Regierung? Wie wird sie gewählt? Und haben »Gipfeltreffen« wirklich etwas mit Bergsteigen zu tun? All dem und viel mehr widmet sich die Frontfrau des ZDF heute-journals Marietta Slomka. Gewürzt mit vielen witzigen Anekdoten aus der Welt der großen Politik ist ein umfassendes, unterhaltsames Kompendium entstanden, das Lust auf mehr macht ... mehr Politik.

Der Titel im Katalog